

Die Beeinträchtigung der Entscheidungskapazitäten trifft in erster Linie jene nationalen Entscheidungsträger, die mit den Exekutivkompetenzen ausgestattet sind, da ihre Instrumentarien zur Steuerung des nationalen Geschehens an Wirksamkeit verlieren und immer mehr äußere Einflüsse auf den nationalen Bereich einwirken. Es kommt mit andern Worten zu einer «Verfälschung der Entscheidungsstrukturen»⁹¹, was eine «Verselbständigung multinationaler Entscheidungen» im EG-Raum bewirkt.⁹² Mittelbar werden dadurch auch die andern nationalen Entscheidungsträger beeinträchtigt, die nun geringere Chancen haben, ihre Werte und Interessen im Exekutivprozeß geltend zu machen. Der weitere Fortschritt der Integration erweist sich demnach als eine unerläßliche Voraussetzung für die Verwirklichung der Demokratie.

Die Verlagerung der Entscheidungskapazitäten trifft vorwiegend die direkt- und repräsentativ-demokratischen Elemente. Zu ihren traditionellen Kompetenzbereichen gehört u. a. die Gesetzgebung, das heißt das Festlegen des Rahmens für gesamtgesellschaftliche Aktivitäten. In zunehmendem Maße wird dieser Rahmen nun jedoch gemeinschaftlich mit den andern EG-Partnern gesetzt. Ähnliches gilt für das Budgetrecht, das Kontrollrecht etc. Der Bereich der traditionellerweise der demokratischen Partizipation entzogenen Außenpolitik expandiert immer mehr. Die Integration beschleunigt die infolge der zunehmenden Komplexität eingetretene Entwicklung zum Exekutivstaat. Die Veränderung der Verteilung der Einwirkungsmöglichkeiten der verschiedenen nationalen Entscheidungsträger wird durch den institutionellen Aufbau der EG noch weiter gefördert; liegt das Entscheidungsschwergewicht doch beim Rat, der ein diplomatisches, von den Regierungen abhängiges Organ darstellt.

Die Entwicklung der EG zur generellen Wirtschaftsunion dürfte im Vergleich zur Steigerung der Beziehungsdichte infolge der Schaffung der Zollunion und des Gemeinsamen Marktes zu keiner vergleichbaren Stärkung der Interdependenz mehr führen. Es geht nun vielmehr um die Ausdehnung der Integration auf jene Bereiche, die zur Steuerung des interdependenten Geschehens im Rahmen der gemeinsamen Ordnung unerläßlich sind. Das heißt aber nicht, daß die ordnungspolitische Integration zum Stillstand kommen wird. Hauptsächlich erwartet man jedoch von der Wirtschaftsunion

⁹¹ Kaiser K., Das internationale System der Gegenwart als Faktor der Beeinträchtigung demokratischer Außenpolitik, in: PVS, Sonderheft 2/1970, S. 348.

⁹² Vgl. Link W., Die außenpolitische Rolle des Parlaments und das Konzept der kombinierten auswärtigen Gewalt, in: PVS, Sonderheft 2/1970, S. 363.